

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 7

Artikel: Sozialistische Einigung über das Saarproblem
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336480>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialistische Einigung über das Saarproblem

Es ist der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Kopenhagen gelungen, zumindest für den Bereich der von den einzelnen sozialistischen Parteien zu verfolgenden Politik eine einigende Formel für das Saarproblem zu finden. Vielleicht ist es da nicht zwecklos, einmal, ohne eine eigene Stellungnahme zu dem Meritum des Streitfalles zu beziehen, die Begründung der einzelnen divergierenden Standpunkte der unmittelbar interessierten sozialistischen Parteien darzulegen.

Es kann als bekannt vorausgesetzt werden, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegen die via facti erfolgte Abtrennung des Saargebietes von Deutschland wiederholt protestiert und insbesondere die zwischen Frankreich und der Saarregierung im März 1950 abgeschlossenen Konventionen als einen Versuch bezeichnet hat, einer Lösung der Frage in einem Friedensvertrag vorzugreifen und die Welt vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Comisco-Sitzung, die im März des Jahres in *Hastings* stattfand, konnte einen gemeinsamen Standpunkt der sozialistischen Parteien nicht erarbeiten und forderte daher zunächst die drei unmittelbar betroffenen Parteien — die deutsche, die französische und die saarländische — zur Präzisierung ihrer Standpunkte auf. Eine aus Vertretern von drei nicht direkt interessierten Parteien gebildete *Schiedskommission* — Victor Larock für Belgien, Hans Oprecht für die Schweiz und Koos Vorrink für Holland — sollte dann eine allgemein annehmbare Plattform zu formulieren trachten.

Die SPD hatte ein umfangreiches Memorandum vorgelegt, in dem darauf hingewiesen wird, daß das Saargebiet in dem territorialem Umfang, in dem es nach der Volksabstimmung des Jahres 1935 Deutschland wiedereingegliedert wurde, Bestandteil der französischen Besetzungszone Deutschlands war, bis es, vermehrt um einige landwirtschaftliche Bezirke, 1947 mit französischer Hilfe als autonome Einheit unter der neuen Bezeichnung «Saarland» ausgerufen wurde; seither wird es nicht mehr als Bestandteil der französischen Zone behandelt. Das SPD-Memorandum stellt fest, daß — obwohl Großbritannien und die Vereinigten Staaten ihre Zustimmung zu der an der Saar eingeschlagenen Entwicklung ausgesprochen haben — es keinen völkerrechtlich verbindlichen Akt gibt, der die territoriale Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland aufgehoben hätte oder hätte aufheben können: infolge des russischen Widerstandes kam es auf der Außenministerkonferenz in Moskau im März 1947 zu keiner Einigung über die französischen Vorschläge. Wenn in Frankreich heute aus dem deutschen Stillschweigen zu den 1947 ergriffenen Schritten eine stillschweigende Zustimmung konstruiert wird, müsse erwidert werden, daß es damals keine Stelle in Deutschland gegeben habe, die zu einem Protest befugt gewesen wäre.

Bei den Wahlen in den Saar-Landtag im Jahre 1947 erhielten die Sozialdemokraten und die Christliche Volkspartei, die beide für den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich eintreten, die überwiegende Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die SPD leugnet nun in ihrem Memorandum, daß der Bevölkerung damals der von den Saarsozialisten behauptete plebiszitäre Charakter dieser Abstimmung klargemacht wurde. Sie behauptet französischen Druck auf die Politiker und die Bevölkerung des Saargebietes: die dro-

hende Demontage der Saarindustrie könne, so habe man angedeutet, abgewendet werden. wenn sich die Bevölkerung für den Anschluß an Frankreich ausspreche. Als im Landtag über die folgende Präambel zur Saarverfassung abgestimmt werden sollte:

«Das Volk der Saar gründet seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an die französische Republik und die Währungs- und Zolleinheit mit ihr, die einschließen:

die politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich,
die Landesverteidigung und die Vertretung der saarländischen Interessen im Ausland durch die französische Republik,
die Anwendung der französischen Zoll- und Währungsgesetze im Saarland,
die Bestellung eines Vertreters der Regierung der französischen Republik mit Verordnungsrecht zur Sicherstellung der Zoll- und Währungseinheit und einer Aufsichtsbezugnis, um die Beobachtung des Statuts zu garantieren»,

hätten fünf der 17 sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ihren Willen bekundet, dagegen zu stimmen; daraufhin habe der französische Gouverneur den stärkstmöglichen Druck auf sie ausgeübt, davon Abstand zu nehmen, so daß es dann lediglich 2 Stimmenthaltungen gab. Die Bevölkerung der Saar habe noch keine Gelegenheit gehabt, ihre Meinung in einer freien Abstimmung zu bekunden. In der Saar herrsche ein *undemokratisches Polizeiregime*, das jede oppositionelle Äußerung unterbinde und den bestehenden und bewilligten Parteien Monopolcharakter verleihe, so daß zum Beispiel die Bildung einer sozialdemokratischen Partei, die andere Auffassungen vertritt als die bestehende Partei, illegal wäre.¹

Das Memorandum der SPD begrüßt es, daß, als im Ständigen Ausschuß des Europarates die Frage der Einladung des Saarlandes nach *Straßburg* zur Abstimmung stand, der französische Sozialist Guy Mollet (wie auch der dänische Sozialdemokrat Jakobson) sich der Stimme enthielten. Die gleichzeitige Einladung Westdeutschlands und des Saarlandes, dem Europarat beizutreten, beinhalte eine Anerkennung der heute zweifellos nicht vorhandenen völkerrechtlichen Existenz des Saargebietes und nehme eine definitive Entscheidung durch einen Friedensvertrag vorweg. Den von der SPD als berechtigt anerkannten wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an der Saar könnten ohne wirtschaftlichen Anschluß, der eine verhüllte Annexion darstelle, ohne Schwierigkeiten volle Berücksichtigung finden.

Demgegenüber geht die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes (SPS) in ihrem Antwortmemorandum von der 80 Jahre langen wirtschaftlichen Verbundenheit des Saargebietes mit einem Teil Frankreichs, nämlich mit Ostlothringen, aus, dessen Wirtschaft mit der Saarwirtschaft — Erz mit Kohle — eine natürliche Einheit bilde. Jede Demon-

¹ Ein besonderes Kapitel ist die (zahlenmäßig unbeträchtliche) Kommunistische Partei des Saargebietes, die als einzige der zugelassenen Parteien eine konsequent anti-französische und prodeutsche Haltung einnimmt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man das weniger auf national-deutsche Motive als — abgesehen von dem Versuch, jede westliche Zusammenarbeit zu erschweren — auf die Erwägung zurückführt, daß eine «deutsche» Lösung die Demontierung wenigstens eines Teiles der Saarindustrie im Gefolge hätte. Was also prodeutsch aussieht, ist in Wirklichkeit sowohl antideutsch als auch gegen die ureigensten Interessen der Saarbevölkerung gerichtet — eine politische Perversität, die als Symptom für die ideologische Verwirrung unserer Tage und die Aushöhlung aller Begriffe verzeichnet sei.

tage in einem Land, das außer Kohle, Eisen und Stahl kaum etwas erzeugt und in dem sich 430 Menschen auf einen Quadratkilometer zusammendrängen, wäre ein tödlicher Streich. Die Saarsozialisten hätten den Gegebenheiten und Notwendigkeiten der Zeit schon im April 1946 in einer Erklärung Rechnung zu tragen versucht, in der es hieß:

«Die SPS betrachtet die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa als einzig mögliche Lösung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die sich nach dem zweiten Weltkrieg den europäischen Völkern stellen... Darum wird sie dem wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich keine Schwierigkeiten bereiten. Sie wird um so lieber ihre Zustimmung dazu geben und damit den Lebensinteressen der Saar und seiner arbeitsamen Bevölkerung dienen, als sie damit zum Ausdruck bringen kann, in welcher Weise sie versuchen wird, die Gesamtheit der europäischen Probleme mit lösen zu helfen.»

Das Saarmemorandum leugnet, daß den Landtagswählern des Jahres 1947 nicht bekannt war, worum es damals ging, und verweist darauf, daß die Ergebnisse der Landtagswahlen durch die Gemeindewahlen des Jahres 1949 voll bestätigt wurden, die wieder den «verfassungsgetreuen Parteien» die überwältigende Mehrheit gaben. Französischer Druck wird in dem Memorandum auf das entschiedenste in Abrede gestellt, es schweigt sich aber sowohl zur behaupteten Einflußnahme auf die fünf widerstrebenden sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten als auch zu dem Vorwurf der Monopolisierung der politischen Tätigkeit durch die bestehenden Parteien aus. Zu den völkerrechtlichen Ausführungen der SPD nimmt die SPS nur insofern Stellung, als sie behauptet, das Saarland sei ebenso ein Gebiet des «ehemaligen Deutschen Reiches» wie die Bundesrepublik Deutschland mit der Hauptstadt Bonn. Die Konventionen vom 3. März würden nur die Autonomie des Saarlandes in unzweideutiger Weise statuieren. «Der Wille nach Frieden, nach wirtschaftlicher Sicherheit, sozialer Stabilität und nach Verständigung mit dem westlichen Nachbarn Frankreich und zwischen den europäischen Völkern bestimmt die politische Anschauung des Saarvolks. Besonders erleichtert wird dieser Gesinnungsumschwung durch die Tatsache, daß Frankreich in der Gestaltung des künftigen Europa mit an der Spitze marschiert und die Saarländer sich bewußt werden, mit ihrer Entscheidung einen besonderen Beitrag zur europäischen Einheit unter Verzicht auf jeden hemmenden Traditionalismus und Nationalismus zu leisten.»²

Die *französischen Sozialisten* haben ihren Standpunkt nicht in Form eines Memorandums niedergelegt, doch ist bekannt, daß sie — oft im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung des eigenen Landes — eine politische Annexion des Saargebietes durch Frankreich entschieden ablehnen und nur auf wirtschaftlichen Sicherungen bestehen. Das wiederholte Bemühen der SFIO, durch eine verständnisvoll-entgegenkommende Haltung die Position der SPD nicht zu erschweren, kommt zum Beispiel in der schon erwähnten Stimmenthaltung ihres Generalsekretärs Guy Mollet zum Ausdruck.

Als die von der Comisco eingesetzte Saarkommission am 13. und 14. Mai in Brüssel zusammentrat, waren gerade die vielerörterten Vorschläge des französischen Außenministers Robert Schuman bekanntgeworden, die im Falle ihrer Verwirklichung — wie immer man sie sonst beurteilen möge —, den Auseinandersetzungen um das Saarproblem viel von ihrer Schärfe nehmen würden. Die Saarkommission einigte sich darum rasch auf

² Wie in solchen Fällen üblich, gibt es auch eine Reihe von persönlichen Rekrimationen, die wir hier besser übergehen.

Vorschläge für die Comisco und trat dann in Kopenhagen am 2. Juni nochmals unter Zuziehung der Vertreter der drei beteiligten Parteien zusammen. Sie konnte schließlich der Vollkonferenz einen von dieser einstimmig³ angenommenen Resolutionsentwurf vor-

1. Die Internationale Sozialistische Konferenz anerkennt, daß ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem saarländischen Koblenbergbau und dem lothringischen Erzbergbau besteht.

Die Internationale Sozialistische Konferenz stellt dazu fest, daß dieses Abhängigkeitsverhältnis kein totales ist. Der deutsche Markt ist für den Absatz der Saarkohle ebenfalls wichtig. Die Internationale Sozialistische Konferenz vertritt die Auffassung, daß die *völlige Eingliederung der saarländischen Volkswirtschaft* in die französische Volkswirtschaft *nicht unbedingt notwendig* ist. Die Probleme, die sich aus den Produktionsbedingungen des saarländischen Kohlenbergbaues und des lothringischen Erzbergbaues ergeben, können durch Wirtschaftsverträge bereinigt werden.

2. Die Internationale Sozialistische Konferenz stellt fest, daß ein Anspruch aller Völker auf eine zumindest teilweise Wiedergutmachung der materiellen Verluste besteht, die sie durch den verbrecherischen Ueberfall Nazideutschlands erlitten haben. Sie hat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands diese Verpflichtung moralisch und materiell anerkennt.

Nach Auffassung der Internationalen Sozialistischen Konferenz wurde durch die zwischen der Saar und Frankreich geltende Ordnung das Reparationsproblem teilweise zwar für Frankreich, aber nicht für die übrigen Länder Westeuropas gelöst. Die Internationale Sozialistische Konferenz ist der Meinung, daß das gesamte Reparationsproblem im Friedensvertrag mit Deutschland nach europäischen Gesichtspunkten geregelt werden sollte.

3. Die Internationale Sozialistische Konferenz anerkennt das Verlangen Frankreichs nach Sicherungen gegen die Wiederholung einer deutschen Aggression. Dieses Sicherheitsbedürfnis besteht nicht nur für Frankreich; es kann jedenfalls nur auf der Basis einer europäischen oder atlantischen Zusammenarbeit befriedigt werden.

Die Internationale Sozialistische Konferenz ist der Auffassung, daß prinzipiell die *Abtretung deutscher Gebiete der Friedenssicherung nicht dient*, weil sie den Nationalismus in Deutschland stärkt.

4. Durch die Abmachungen in den französisch-saarländischen Konventionen vom 3. Mai 1950 ist mindestens der Eindruck erweckt worden, es sollten vollendete Tatsachen geschaffen werden. Die Internationale Sozialistische Konferenz stellt dazu fest, daß in der Präambel zu den Abkommen die endgültige Regelung dem Friedensvertrag vorbehalten bleibt. Die Internationale Sozialistische Konferenz bedauert, daß die Regierung der Deutschen Bundesrepublik zu den französisch-saarländischen Beratungen nicht zugezogen worden ist.

5. Die Internationale Sozialistische Konferenz ist der Auffassung, daß die Uebertragung der wirtschaftlichen Macht über die Saarindustrie an eine überstaat-

³ Die Saarpartei nimmt an der Internationalen Sozialistischen Konferenz nur als Beobachter teil und hat kein Stimmrecht.
legen, der folgendermaßen lautet:

liche, europäische Organisation die einzig mögliche Lösung des Saarproblems darstellt.

Die Internationale Sozialistische Konferenz in Kopenhagen verweist dazu auf die Beratungen der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Baarn vom Mai 1949 über die Grundsätze der europäischen Einigung und auf die Denkschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Ruhrproblem vom März 1950, worin unter anderem die Errichtung eines *völkerrechtlichen Zweckverbandes auf genossenschaftlicher Basis* vorgeschlagen wird, dem die *Verwaltung der Kohlen- und Stahlindustrie der Ruhr, der Saar, Lothringens, Belgiens und Luxemburgs* übertragen werden soll.

6. Der Vorschlag des französischen Außenministers *Schuman* kann Ausgangspunkt zu einer positiven Lösung europäischer und damit auch der Saarprobleme werden.

7. Die Internationale Sozialistische Konferenz vertritt die Auffassung, daß die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris (OEEC) und der Europarat in Straßburg dazu berufen sind, die Saarfrage als ein europäisches Problem erster Ordnung einer konstruktiven Lösung zuzuführen.

Die Tatsache, daß ein derartiger Beschluß mit den Stimmen sowohl der französischen als auch der deutschen Sozialisten zustandekommen konnte, ist ein überaus erfreulicher Beweis dafür, wie tief verwurzelt trotz einem oft gegenteiligen Eindruck das internationale Denken in den Reihen der Arbeiterbewegung ist. Der aufmerksame Leser wird sehen, daß auf den Standpunkt der SPD hier weitgehend Rücksicht genommen wurde: die französischen Sozialisten sind also ohne weiteres bereit, der nationalistischen Agitation im eigenen Lande furchtlos die Stirne zu bieten — im wohlverstandenen höheren Interesse, im Interesse der internationalen Arbeiterklasse. Wenn wir das feststellen, übersehen wir natürlich nicht, daß die Resolution der Behandlung einiger schwieriger Fragen aus dem Wege gegangen ist und daß sie insbesondere auf die komplizierte völkerrechtliche Problematik um die Einladung des Saargebietes nach Straßburg nicht einzugehen bereit ist. Sie schneidet auch die Frage einer *Volksabstimmung* nicht an. Es kann unter Sozialisten keine Debatte darüber geben, daß der Bevölkerung der Saar Gelegenheit gegeben werden muß, die Auffassungen, die sie über ihre Lebensprobleme hat, zum Ausdruck zu bringen; aber über die konkrete Form und den richtigen Zeitpunkt einer solchen Volksbefragung hätte im gegenwärtigen Augenblick kaum ein Einverständnis erzielt werden können.

Das Saargebiet lebt heute in einem völkerrechtlichen Zwielficht; es war nie einfach, seine Probleme zu entwirren, und sie sind durch die weltpolitische Entwicklung der letzten Jahre, durch den Zusammenbruch der Zusammenarbeit der vier für das Schicksal Deutschlands verantwortlichen Mächte sowohl formell als auch sachlich noch viel verwickelter geworden. Bloße Lippenbekenntnisse zum Gedanken einer europäischen Zusammenarbeit können sie nicht lösen. Die Saar ist ein eindrucklicher Beweis dafür, auf wieviel reale und konkrete Schwierigkeiten der aufrichtigste Wille zu internationaler sozialistischer Zusammenarbeit stößt, und es ist daher um so freudiger zu begrüßen, daß die in Kopenhagen angenommene Formel keineswegs den Stempel einer bloßen Scheineinigung ohne Lebenskraft trägt, sondern das Saarproblem aus der Enge einer nur deutsch-französischen Auseinandersetzung heraushebt und einer wahrhaft europäischen Lösung den Weg weist.